

Beschlusslage der 41. Bundesschülerkonferenz



Beschlusslage der 41. Bundesschülertagung
der Schüler Union Deutschlands
am 12. Und 13. Oktober 2013
in Saarbrücken

Weiterbildungspflicht

- 1 Die Schüler Union Deutschlands spricht sich für eine Weiterbildungspflicht für
- 2 Lehrkräfte aller Schularten aus. Demnach werden Lehrer verpflichtet, in einem
- 3 Schuljahr mindestens eine Fort- bzw. Weiterbildung zu absolvieren. Hierbei gilt ein
- 4 besonderes Augenmerk neben fachlichen Fortbildungen vor allem Weiterbildungen in
- 5 den Bereichen Fachdidaktik, Pädagogik, Sonderpädagogik und modernen Medien im
- 6 Unterricht. Die Länder müssen hierfür flächendeckend attraktive, innovative, qualitativ
- 7 hochwertige und breite Fort- und Weiterbildungsangebote schaffen und die nötigen
- 8 finanziellen Mittel bereitstellen.

Jugendoffiziere

- 1 Die Schüler Union Deutschlands unterstützt die Schulbesuche der Bundeswehr und
- 2 insbesondere ihrer Jugendoffiziere. Darüber hinaus setzt sie sich für den
- 3 uneingeschränkten Zugang der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland zu den
- 4 Schulen ein und lehnt jegliche ideologisch motivierte Bestrebungen zur Schaffung von
- 5 Zugangsverboten grundsätzlich und entschieden ab.

Fort- und Weiterbildungen außerhalb der Schulzeit

- 1 Die Schüler Union Deutschlands fordert, dass Fort- und Weiterbildungen von Lehr-
- 2 kräften außerhalb der Schulzeit beispielsweise in den Schulferien durchzuführen sind.

„Facebook-Verbot“ für Lehrer: Ein erheblicher Eingriff in die freie Nutzung des Internets

- 1 Mit der wachsenden Popularität sozialer Netzwerke, nicht nur bei Jugendlichen, steigt
- 2 auch die Zahl von Lehrern, die Netzwerke, wie Facebook oder Twitter, für sich
- 3 entdecken. Zum Umgang für Lehrer mit den sog. ‚social networks‘ haben einige
- 4 Bundesländer Richtlinien und Verbote erlassen, die Lehrern die richtige Nutzung
- 5 erleichtern sollen. Jedoch stellen die Regelungen eine unverhältnismäßige
- 6 Beeinträchtigung der liberalen Nutzung des Internets da, und greifen oftmals in die
- 7 Freiheit der Lehrer ein.

8 Die Westkonferenz der Schüler Union positioniert sich daher klar gegen solche
9 „Facebook-Verbote“ der Kultusministerien der Länder Baden-Württemberg und
10 Rheinland-Pfalz.

11 Im Rahmen einer privaten Nutzung sozialer Netzwerke sollte jedem bewusst sein,
12 dass jede Aktivität von anderen wahrgenommen wird. Veröffentlicht ein Lehrer also
13 private und persönliche Informationen oder Fotos, so muss ihm bewusst sein, dass
14 seine Schüler dies wahrnehmen. Von Jedem der Sozial-Media Angebote nutzt, sollte
15 dieses Verantwortungsbewusstsein zu erwarten sein, er sollte selbst einschätzen
16 können und dürfen, was er öffentlich teilt und was seine Jeder andere von ihm als
17 Privatperson erfahren dürfen. Es ist völlig unproblematisch die Privatsphäre
18 Einstellungen so zu wählen, dass die Privatsphäre gewahrt bleibt – jeder kann und
19 muss selbst bestimmen, was er mit wem teilen möchte, hier für bedarf es keiner
20 Regulierung durch den Staat.

21 Die dienstliche Nutzung von Facebook, Twitter & Co. kann in der heutigen Zeit von
22 enormem Vorteil sein. Entsprechende Grenzen findet der dienstliche Gebrauch je-
23 doch bereits in allgemein gültigem Recht, hier sind demnach keine Regelungen für
24 Pädagogen durch die Ministerien erforderlich.

25 Facebook ermöglicht es Lehrern und Schülern kurze Absprachen zu Haus- oder
26 Seminararbeiten und Referaten einfach und unproblematisch durchzuführen. Die E-
27 Mail verliert unter Jugendlichen immer mehr an Bedeutung, weshalb der Schüler-
28 Lehrer Dialog über die sozialen Netzwerke für viele Lehrer einfacher ist. Eine Exklusion
29 von Schülern, die keine ‚social networks‘ nutzen, ist nicht zu befürchten. Bei Fragen
30 sind Lehrer auch anderweitig schnell erreichbar. Die Facebook-Kommunikation soll
31 lediglich als ergänzendes Angebot die Vermittlung des Unterrichtsstoffes verbessern.
32 Darüber hinaus führen solche Richtlinien zum teilhaften sozialen Ausschluss der
33 Lehrpersonen bedeuten. Dieser elementare Eingriff in das Privatleben dieser ist nicht
34 zu verantworten.

35 Aus oben genannten Gründen spricht sich die Westkonferenz der Schüler Union
36 gegen eine Verbotskultur der Bundesländer, die Lehrer in ihrem privaten und
37 beruflichen Leben einschränken, aus. Der gesunde Menschenverstand alleine reicht
38 in unseren Augen aus, einen korrekten und sicheren Umgang mit sozialen Netzwerken
39 zu pflegen. Die Idee einer Unterrichtseinheit zur Förderung der Medienkompetenz
40 unterstützen wir zusätzlich, da hiervon beide Seiten profitieren können – Lehrer
41 können auf Sicherheitslücken aufmerksam machen und vermitteln welche Daten ins
42 Netz gehören, Schüler sind oftmals schon geübter im alltäglichen Umgang mit ‚social
43 networks‘.

44 Wir verurteilen zutiefst die direkten Eingriffe in die Freiheit der Pädagogen und
45 Schülern, durch die Grün-Rote Landesregierung in Baden-Württemberg. Der Griff in
46 die Reglementier-Kiste geschieht nur aus Wahlkampf rhetorischen Gründen, um eine
47 Handlungsbereitschaft in der NSA-Affäre zu signalisieren. Dies ist aber nichts als
48 Augenwischerei, denn die Verteufelung von sozialen Netzwerken zeigt entweder,
49 blamable Unkenntnis und schlichte Überforderung oder ein dreistes und
50 unverantwortliches Schüren von Ängsten in der Bevölkerung. Die Schüler Union
51 verbietet sich eine solche Bildungs- und Netzpolitik, die mit den Ängsten der Bürger
52 spielt.

Beanspruchung der Kultusministerien durch die Unionsparteien

1 Die Schüler Union Deutschlands legt den Unionsparteien CDU/CSU nahe, bei zu-
2 künftigen Koalitionen und in Koalitionsverhandlungen die Landes- und
3 Bundesministerien für Bildung, Wissenschaft und Kultur für sich zu beanspruchen.

Bekanntnis zum gegliederten Schulsystem

1 Die Schüler Union Deutschlands bekennt sich nachdrücklich zur Bewahrung der
2 Mehrgliedrigkeit des deutschen Bildungssystems in seiner klassischen Form. Es gilt,
3 durch verschiedene Bildungswege, der Einzigartigkeit, der individuellen Begabung und
4 den unterschiedlichen Zielen, Wünschen und Vorstellungen der deutschen Schüler
5 gerecht zu werden.
6 Einheitsschulsysteme sind antiquiert. Sie liefern weder die nötige Wahlfreiheit für den
7 Einzelnen, noch werden sie den Herausforderungen unserer Gesellschaft gerecht, die
8 immer facettenreicher und diverser wird.
9 Daher fordert die Schüler Union Deutschlands die politischen Akteure auf, sowohl im
10 Sinne der deutschen Schüler, als auch im Sinne der deutschen Gesellschaft, der
11 deutschen Wirtschaft und um der Ideale von Individualität und Freiheit willen, nach
12 aller Möglichkeit mehrgliedrige Schulsysteme beizubehalten, zu fördern oder
13 einzuführen.

Gegen Einheitsschule und Einheitslehrer – für Individualität der Bildungswege

1 Die Schüler Union fordert, dass auch langfristig das Gymnasium weiterhin als Re-
2 gelschulform zum Erreichen des Abiturs erhalten bleibt.
3 Gleichzeitig muss aber auch erkannt werden, dass eine Alternative gegeben werden
4 muss, diese Alternative ist nicht an Gemeinschaftsschulen zu schaffen, sondern durch
5 den Ausbau von beruflichen Schulen zu „Oberstufenzentren“.
6 Es kann für einen Schüler sehr schwierig sein, beispielsweise von einer
7 Gemeinschaftsschule in der Oberstufe auf ein Gymnasium zu wechseln. Das
8 Gewöhnen und sich Etablieren in eine in sich homogene Lerngemeinschaft könnte den
9 Schüler vor Herausforderungen stellen, die dem Schüler nicht von Anfang erlauben
10 würden, sich auf das Erreichen des Abiturs zu konzentrieren.

11 An einer beruflichen Schule wäre dies nicht der Fall, da zu Beginn der Oberstufe die
12 Voraussetzungen für jeden Schüler gleich sind. Hier könnte sich von Beginn an voll
13 auf das Erreichen des Abiturs konzentriert werden, ohne dass eine
14 Konkurrenzsituation zum Gymnasium entsteht - anders als anders als bei der
15 Gründung von gymnasialen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen, bei der eine
16 Benachteiligung der Gymnasien und eine massive Konkurrenzsituation entstehen
17 würde.
18 Die Schüler Union spricht sich daher gegen die gymnasiale Oberstufe an
19 Gemeinschaftsschulen aus.

20 Die Schüler Union setzt sich dafür ein, dass das Gymnasiallehramt weiterhin erhalten
21 bleibt, um den Erhalt der Gymnasien zu garantieren. Die Schüler Union bezieht klar
22 gegen den Kurs einiger Landesregierungen, nur noch einen "Einheitslehrer"
23 auszubilden, Stellung.

24 Es ist falsch anzunehmen, dass, ein „Einheitslehrer“ die gleichen Qualitäten mit-bringt,
25 wie ein Lehrer, der sich auf die gymnasiale Schulform wissenschaftlich und
26 pädagogisch spezialisiert hat. Denn es ist sehr zweifelhaft, ob ein Lehrer, der für alle
27 Schularten ausgebildet wird, auch wirklich gut mit Schülern aller Schularten umgehen
28 kann. Dies ist zu begründen in einem sehr unterschiedlichen Anforderungsprofil der
29 Lehrer. Während Lehrer an Gemeinschaftsschulen binnendifferenzierten Unterricht
30 betreiben, bereiten Gymnasiallehrer mit ihrer Ausbildung, deren Schwerpunkt mehr im
31 wissenschaftlichen Bereich liegt, stärker auf wissenschaftliches Arbeiten vor.

32 Weiter unterschätzt das Konzept des „Einheitslehrers“ die sozialpädagogischen
33 Aufgaben, die Lehrer zu bewältigen haben. Es ist bekannt, dass Schüler aus unter-
34 schiedlichen Bildungsschichten ihre Lehrer auch mit unterschiedlichen sozialen und
35 privaten Problemen konfrontieren.

36 Vor diesem Hintergrund fordert die Schüler Union zum Schutz der individuellen
37 Förderung und Problembewältigung der Schüler durch Lehrer, von einer
38 Vereinheitlichung des Lehramtes abzusehen.

39 Einige Landesregierungen betreiben links-ideologisierte Bildungspolitik mit der Vor-
40 stellung des Gemeinsamen Lernens, welches durch die gymnasialen Oberstufen an
41 Gemeinschaftsschulen durchgesetzt werden soll. Die Vorstellung, dass durch dieses
42 Konzept jeder Schüler die beste Bildung erhält, ist jedoch fern ab von der Realität. Eine
43 in sich heterogene Lern- bzw. Klassengemeinschaft stellt den Lehrer vor die Aufgabe
44 den leistungsstärkeren Schülern ihrem Niveau entsprechende Aufgaben zu geben, wie
45 auch den leistungsschwächeren Schülern. Gleichzeitig, soll aber derselbe
46 Unterrichtsstoff von allen Schülern gemeinsam durchgenommen werden. Es ist
47 unmöglich, diese Aufgabe zu bewältigen, ohne das Klassenniveau herabzusenken. So
48 ist auch die Vorstellung, dass ein Schüler während des Unterrichts einen anderen
49 Schüler permanent unterstützt, nicht realisierbar und muss als weltfremd gelten. Es
50 darf nicht erwartet werden, dass ein Schüler den Lehrauftrag des Lehrers weiterführen
51 muss, damit das Lernniveau in seiner Klasse nicht noch weiter absinkt, da dem Lehrer
52 sonst keine andere Möglichkeit bleibt.

53 Dies würde bedeuten, dass ein leistungsstarker Schüler einen Teil seiner ihm zum
54 Lernen zustehenden Zeit aufwenden soll, um einen anderen Schüler zu unterstützen.
55 Langfristig bedeutet dies also, dass dem leistungsstärkeren Schüler durch feh-lende
56 Zeit weniger Unterrichtsstoff vermittelt werden kann, was eine direkte Konsequenz auf
57 die Qualität seines Bildungsabschlusses hat.

58 In der Praxis ist schon heute zu erkennen in welche Richtung das Konzept des
59 gemeinsamen Lernens lenkt: So ist bekannt dass sich nicht die ehemaligen Haupt-

60 schüler dem Niveau der ehemaligen Realschüler angepasst haben, sondern
61 umgekehrt. Diese Beobachtung unterstreicht auch das Abschneiden von
62 Bundesländern bei den PISA-Untersuchungen, die heute bereits gemeinsames
63 Lernen praktizieren. Diese Bundesländer schneiden bei den PISA-Tests durchweg
64 schlechter ab, als Bundesländer, die auf homogene Lerngruppen setzen. Weiter ist
65 auch nicht zu erkennen, dass durch solche Lernkonzepte die soziale Durchlässigkeit
66 oder Durchmischung steigt, ganz im Gegenteil.

67 Die Schüler Union fordert daher, dass dem Schüler weiterhin eine Wahlfreiheit
68 zwischen den verschiedenen Unterrichtsmethoden und Schulformen gewährleistet
69 wird, und keine Utopie betrieben wird, nach der jeder Schüler die gleichen Voraus-
70 setzungen mit sich bringt, wie ein jeder andere. Langfristig ist das gemeinsame Lernen
71 ein abzuschaffendes Konzept. Es gilt, Individualität zu erkennen und zu fördern und
72 diese nicht in ein Raster der Gleichheit zu pressen und zu erdrücken.

73 Es ist falsch, den Schüler von einer leistungsorientierten Gesellschaft zu entbinden,
74 wenn er nach seiner Schulzeit in genau eine Solche entlassen werden soll.

75 Daher fordert die Schüler Union:

- 76 - das Gymnasium als Regelschulform zum Erreichen des Abiturs beizubehalten
- 77 - die Schaffung von Oberstufenzentren an beruflichen Schulen
- 78 - die Abschaffung der gymnasialen Oberstufe an Gemeinschaftsschulen
- 79 - den Erhalt des Gymnasiallehramtes
- 80 - das Konzept des gemeinsamen Lernens langfristig abzuschaffen
- 81 - den Erhalt einer auf Leistung basierenden Bildungslandschaft

Interkulturellen Austausch fördern

- 1 Die Schüler Union fordert den Bund und die Länder auf, Auslandsaufenthalten von
- 2 Schülerinnen und Schülern keine Steine in den Weg zu legen sondern diesen Weg zu
- 3 unterstützen. Besondere Aufmerksamkeit soll hier das europäische Ausland erhalten.